SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Parteipräferenzen in sozialen Netzwerken

Pfenning, Astrid; Pfenning, Uwe; Mohler, Peter Ph.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Pfenning, A., Pfenning, U., & Mohler, P. P. (1989). Parteipräferenzen in sozialen Netzwerken. *ZUMA Nachrichten*, *13*(24), 73-86. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-209986

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Parteipräferenzen in sozialen Netzwerken

Von Astrid Pfenning, Uwe Pfenning und Peter Ph. Mohler

In den vorausgegangenen Beiträgen über das ZUMA-Methodenforschungsprojekt "Egozentrierte Netzwerke in Massenumfragen" wurden neben dem Design der Studie auch erste Ergebnisse über den methodischen Vergleich der verschiedenen Namensgeneratoren vorgestellt. Dieser Beitrag bezieht sich auf die Verwendung des Netzwerkkonzepts als Erklärungsmodell für inhaltliche Fragestellungen. Hierbei wird Bezug genommen auf die in der ZUMA-Studie in modifizierter Weise replizierten Namensgeneratoren von Claude S. Fischer (1982) und von Ronald Burt (GSS 1987). Für diese beiden Namensgeneratoren wurden für die einzelnen Netzpersonen verschiedene Items erhoben, die für die Ausbildung von Parteipräferenzen und von Wahlabsichten bedeutsam erscheinen.[1)]

1. Das Netzwerkkonzept als Erklärungsmodell

Die Erforschung der Determinanten parteipolitischer Präferenzen, der Wahlabsicht und anderer Formen der politischen Betätigung hat zu einer lebhaften und anhaltenden Diskussion in der politischen Soziologie geführt, deren Verlauf und Stand hier nicht dargestellt werden soll (vgl. u.a. die Arbeiten von Pappi 1977, 1979; Barnes/Kaase et al. 1979; Kaase 1984; Küchler 1984).[2)] Vielmehr wird auf die analytische Bedeutung des Konzepts sozialer Netzwerke als Erklärungsmodell für die Betrachtung von Determinanten politischen Verhaltens eingegangen. Es gilt als Mangel der herkömmlichen Analysen, daß sie die (partei-)politische Position eines Befragten nur unter dem Aspekt der Konstellation verschiedener individueller Merkmale (z.B. Alter, Bildung, Sozialprestige) betrachten und eventuelle Kontexteffekte des personellen Umfeldes aber nicht einbeziehen. Die empirisch bestätigten Aussagen, daß eine hohe Schulbildung und ein hoher sozialer Status die persönliche Disposition für politische Verhaltensformen begünstigen, beziehen sich auf die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Falles "politische Betätigung bzw. Wahlabsicht" bei Vorhandensein bestimmter individueller Merkmalskonstellationen. Unklar bleibt allerdings, warum bestimmte Personen der gleichen Merkmalsgruppe einmal politisch aktiv werden bzw. untätig bleiben und warum Personen von der "wahrscheinlichen" Wahl- und Parteipräferenz abweichen.

Das Netzwerkkonzept versucht hier anzusetzen. Durch die Einbeziehung des personellen und strukturellen Umfeldes soll erklärbar(er) werden, auf welche Weise die individuellen politisch orientierten Präpositionen von Kontextmerkmalen beeinflußt werden. Insbesondere für die Ausprägung von politischen Einstellungen scheinen strukturelle und personelle Kontexteffekte bedeutsam

zu sein. Politische Meinungen resultieren oftmals aus Diskussionen mit Freunden, Bekannten und Verwandten (personelles Umfeld) und sind deshalb abhängig vom verfügbaren Informationspotential und den "aktionsräumlichen" Bedingungen[3] (strukturelles Umfeld). Weiterhin sind Einflüße der Mediennutzung (Noelle-Neumann 1980), der kognitiven Informationsverarbeitung im Sinne von Verstärkung bzw. Abschwächung und selektiver Wahrnehmung, Einflüße sozialer Rollen (z.B. Beruf) und Einflüße durch die Vermittlung sozialer Stereotypen, z.B. hinsichtlich der Wertschätzung politischer Aktivitäten, zu vermuten.

Erste Ansätze zur Berücksichtigung von Kontextmerkmalen finden sich in der frühen Medienwirkungsforschung, insbesondere in der klassischen Studie von Lazarsfeld, Berelson und Gaudet (1944) über die "Opinion-Leadership-Rolle" in Gruppen und den in dieser Tradition stehenden Nachfolgestudien (Katz 1956; Robinson 1976). Die Studien von Laumann (Detroit 1967 und zuvor Katz' Decaturstudie 1956) und die Replikationsstudie von Laumann und Pappi (Jülich 1973) erheben die drei besten Freunde ("three best friends") und zeigen auf, daß der Gruppeneinfluß im Sinne o.g. "sozialer Interventionen" sehr bedeutsam ist.

Einen aktuellen Bezug bildet die Diskussion über die Entstehung und den wahlpolitischen Erfolg der Bundespartei DIE GRÜNEN im Zusammenhang mit der postulierten Vernetzung dieser Partei mit den neuen sozialen Bewegungen (vgl. hierzu Schmidt 1984; Bürklin 1984; Kaase 1987; Pfenning 1987). Diese Verbindungsthese legt die Anwendung des Netzwerkkonzepts nahe, das einerseits die Personalunion (mehrfache Mitgliedschaften) und andererseits die organisatorische Verflechtung (gemeinsame Aktionen etc.) erfaßt.

Die Netzwerkforschung ist insoweit sowohl anwendbar auf die Mehrebenenforschung (Verbindung von Mikro- und Makroebene) als auch auf die funktionale Analyse von Aggregaten (Gruppen, Organisationen, Parteien und Unternehmen etc.). Zugleich wurde bei den Landtagswahlen in Bremen (1987) und Berlin (1989) sowie den hessischen Kommunalwahlen (1989) das Defizit der traditionellen Wahlforschung deutlich. Die Prozeße, die zu den hohen Stimmenanteilen der Republikaner bzw. der NPD geführt haben, sind wahrscheinlich auf einer lokalen Kontextebene anzusiedeln und werden in den üblichen wahrscheinlichkeitsanalytischen Hoch- bzw. Berechnungen unterschätzt (vgl. z.B. das Frankfurter Wahlergebnis der NPD bei den hessischen Kommunalwahlen).

Probleme bereitet bisher die Erhebung von Netzwerken in Massenumfragen. Die notwendige Beschränkung auf die Erfassung ego-zentrierter Netzwerke, also die soziale Positionierung einer Person in ihrem Umfeld nach eigenen subjektiven Annahmen, wirft mannigfache methodische und evaluative Probleme

auf. Ein weitgehend ungeschriebenes Kapitel der Sozialforschung ist die Validität und Reliabilität der Informantenangaben. Die empirischen Untersuchungen von Pappi/Wolf (1984) und von Pfenning A. (1988) zeigen, daß Zweifel an der Validität und Reliabilität von Netzwerkdaten gerechtfertigt erscheinen.[4] Ebenso stehen verschiedene Namensgeneratoren zur Verfügung, deren Erfassung von ego-zentrierten Netzwerken zu teilweise unterschiedlichen Resultaten hinsichtlich der Netzgröße und Dichte sowie der Heterogenität bzw. Homogenität von Netzen führen (vgl. Pfenning A./Pfenning U., 1987). Es ist ein Forschungsdefizit in der netzwerkbezogenen Grundlagenforschung zu konstatieren.

Hinzu kommen die studienbedingten Restriktionen. Die ZUMA-Netzwerkstudie war vornehmlich eine methodenorientierte Studie, in der es um den Vergleich der Leistung der drei Namensgeneratoren ging (Hoffmeyer-Zlotnik 1987). Entsprechend konnten keine konzeptionell strukturierten Theoriemodelle über politische Einstellungen und Verhaltensweisen in sozialen Netzwerken erhoben werden. Weiterhin bedingten die finanziellen Ressourcen eine geringe Fallzahl, die sich zudem durch Filtersetzungen, Antwortverweigerungen und Non-Responses für einzelne Analysen abermals verminderte. Den hier vorgestellten Analysen ist deshalb eine mehr explorative Bedeutung zuzumessen.

2. Wahlabsicht und Parteipräferenz in sozialen Netzwerken

2.1 Analysen auf Aggregatebene - Netzhäufigkeiten und Befragtenangaben

Es ist eine Besonderheit von Netzwerkerhebungen, daß wechselnde Untersuchungseinheiten in die Analyse eingehen. So können die entsprechenden Variablen für die Befragten, die Netzpersonen und für Parameter der Netzstruktur abgebildet werden. Dies impliziert neben besonderen Anforderungen an das Datenmanagement (Mohler/Pfenning 1987) auch wechselnde Fallzahlen durch wechselnde Untersuchungseinheiten. Nachfolgend werden in einem ersten Überblick die Häufigkeitsverteilungen dieser als "Subpopulationen" bezeichneten unterschiedlichen Einheiten dargestellt.

Tabelle 1 (siehe Anhang) veranschaulicht die große Reduktion der Fallzahlen. Von insgesamt 479 Befragten nennen nur 298 Personen (ca. 63%) eine Wahlabsicht, und bei lediglich 217 Personen (43%) sind Angaben über eine Parteineigung verfügbar. Hiervon geben wiederum nur 137 Personen (29%) die Parteipräferenz von mindestens einer Netzperson an. Aufgrund dieser geringen Fallzahl wird bei netzwerkbezogenen Analysen die - eigentlich gesondert zu gewichtende - Partnernennung (vgl. Tabelle 5 und 6) zum Netzwerk des Befragten hinzugenommen.

Die Kreuztabellierungen der Variablen Wahlabsicht bzw. Parteineigung des Befragten mit der Parteineigung der Netzpersonen geben uns Auskunft über die

Verteilung der identischen Parteisympathien sowie den Anteil einzelner proportionaler Kombinationen zwischen den Parteien.[5] Die Resultate sind in Tabelle 2 dargestellt.

Der durchschnittliche Anteil identischer Angaben liegt für die Variable Wahlabsicht bei ca. 66% (335 von 505 Nennungen) und steigt für die Variable Parteineigung erwartungsgemäß auf ca. 73% (302 von 414) an. Dies läßt eine hohe Homogenität in den jeweiligen personellen Netzen vermuten.

Differenziert man/frau nach den Werten für die einzelnen Parteien und nach den parteipolitischen Einstellungen zeigen sich einige bemerkenswerte Unterschiede. Für die CDU und SPD liegt der Anteil übereinstimmender Nennungen deutlich höher als für FDP und die GRÜNEN.[6] Zwischen den beiden großen Parteien sind nur graduelle Unterschiede erkennbar. Die Summen der identischen Parteinennungen sind für die CDU um ca. 4%-5% leicht höher als für die SPD. Hinsichtlich der Kombinationen (SPD-CDU vs. CDU-SPD) liegen die Prozentsummen mit 17%-19% in etwa gleichauf.

Anders verhält es sich bei der FDP und den GRÜNEN. Auffallend sind zunächst die äußerst geringen Anteile übereinstimmender Nennungen für die FDP (ca. 10%-11% gegenüber 45%-73% bei den anderen Parteien). Bei den Befragten mit "grüner" Parteisympathie variieren die Prozentwerte zwischen beiden Variablen beträchtlich. Für die Variable Wahlabsicht sind nur ca. 44%, für die Variable Parteiidentifikation hingegen über 70% identische Nennungen zu verzeichnen. Hierbei sind die Fallzahlen zu berücksichtigen. Die beiden kleinen Parteien verfügen nur über geringe Wählerpotentiale mit einer stabilen Parteineigung. Die Anzahl der Personen halbiert sich beim "Übergang" von der Variablen Wahlabsicht zur Variablen Parteineigung. Dies weist auf eine große Heterogenität in den Netzen hin.

Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Betrachtung der Kombinationen zwischen den beiden kleinen und großen Parteien. Bei den Befragten mit FPD-Präferenz dominieren die CDU-Netznennungen mit 47% (Parteipräferenz) bis 60% (Wahlabsicht), die SPD wird von 24%-37% der Netzpersonen der Befragten mit FDP-Sympathien präferiert. Hingegen finden sich bei den Personen mit einer Parteineigung bzw. Wahlabsicht zu den GRÜNEN hohe Anteile von SPD-Netznennungen. Diese reduzieren sich allerdings von 44% bei einer Wahlabsicht für die GRÜNEN auf lediglich 26% bei einer vorliegenden Parteipräferenz. Dies bedeutet, daß mit einer stark ausgeprägten Parteiidentifikation auch die Homogenität im personellen Netz anzusteigen scheint. Die CDU weist in dieser Befragtengruppe nur marginale Prozentwerte (3%-9%) auf.

Insgesamt scheinen die Netze der großen Parteien homogener, die der kleinen Parteien heterogener zu sein. Mit steigender Nähe zu einer Partei scheint auch

die Übereinstimmung im Netz zuzunehmen. Die Kombinationen zeigen auf, daß bei GRÜN-orientierten Befragten die Netzkombinationen fast ausschließlich zugunsten der SPD verteilt sind, bei FDP-orientierten Personen hingegen nur mehrheitlich zugunsten der CDU.

2.2 Analysen auf Netzwerkebene - Netzgröße und Netzhomogenitäten

Die Betrachtung der Kombinationen leitet über zur befragtenbezogenen Netzanalyse, d.h. zur Bestimmung von Netzparametern wie Netzumfang, Heterogenität bzw. Homogenität und den Netzpositionen.

Es zeigt sich wiederum ein gleichförmiges Bild für die einzelnen Parteien mit einigen parteispezifischen Besonderheiten. Mehr als 50% der Netze umfassen nicht mehr als zwei Personen, der Durchschnitt liegt bei 2.4 Personen. Auffallend ist, daß für die FDP die meisten kleinsten Netze und entsprechend die geringste durchschnittliche Netzgröße festzustellen sind. Für die GRÜNEN ist hingegen der größte Netzumfang mit durchschnittlich 2.9 Personen für die Variable Parteineigung zu konstatieren. Auffallend ist auch, daß für diese Befragtengruppe eine Netzgröße von zwei Personen in ca. 45% der Fälle vorzufinden ist.

Bedeutsamer ist die Untersuchung der Heterogenität bzw. Homogenität der Netze. Für diese Analyse wurden nur Fälle berücksichtigt, die zwei oder mehr Netznennungen (einschließlich Partner) aufweisen. Die Klassifizierung der Prozentwerte orientiert sich an der durchschnittlichen Anzahl der Netzpersonen (vgl. Tabelle 3). Die Prozente beziehen sich auf den Anteil der übereinstimmenden Parteiangaben für den Befragten und "seine" Netzpersonen.

Die Mehrzahl der personellen Netze weist für beide politischen Einstellungsvariablen homogene Strukturen auf. Dies gilt insbesondere für die CDU, SPD und eingeschränkt für die GRÜNEN. Jedoch nicht für die FDP, bei der sogar gegenteilig heterogene Strukturen überwiegen. Der Anteil hoher bis mittlerer Heterogenität liegt für CDU und SPD bei ca. 30%-35%, zwei Drittel der Netze sind überwiegend oder vollkommen homogen. Die Netze der Befragten, die eine generelle Parteipräferenz angaben, sind insgesamt etwas homogener als die Netze der Befragtengruppe, die nur eine Wahlabsicht äußern. Die Ergebnisse der befragtenbezogenen Analysen weichen somit nicht von den Resultaten der aggregierten Häufigkeitsverteilungen (Kapitel 2.1) der drei Subpopulationen ab.

Untersucht man mittels Kreuztabellierung den Zusammenhang von Netzgröße und den Anteil übereinstimmender Angaben zeigt sich folgendes Bild. Aufgrund der geringen Fallzahl für FDP und GRÜNE wurden diese Nennungen nur für die Testverfahren berücksichtigt. Eine gesonderte Dichotomisierung für die Anwendung des exakten Fischer-Tests erbrachte ebenfalls keine signifikanten Resultate. Generell überwiegt die Quote hoch-übereinstimmender Nennungen

bei allen Kategorien der Variablen Netzgröße, jedoch in variierender prozentualer Größenordnung.

Das Ergebnis der Testverfahren belegt, daß für Befragte mit CDU- oder SPD-Präferenz mit steigender Netzgröße auch die Homogenität parteipolitischer Einstellungen im personellen Netz zunimmt. Bei Befragten mit mittlerer Netzgröße (2-3 Personen) ist ein höherer Anteil von Netznennungen festzustellen, die von der Parteineigung des Befragten abweichen. Eine Besonderheit bilden die "Netze", die nur aus einer Bezugsperson bestehen. Die hohe Homogenität (ein mittlerer identischer Anteil scheidet mathematisch aus, vgl. Anmerkungen zur Tabelle 5) resultiert aus der Tatsache, daß die Vielzahl dieser "uneigentlichen" Netze nur aus der Partnernennung bestehen und diese im besonderen Maße homogen zur Einstellung des Befragten ist (vgl. Tabelle 6).

2.3 Das Netzwerkkonzept im analytischen Vergleich

In diesem Abschnitt sollen die explorativen Analysen für den analytischen Vergleich bzw. Beitrag des Netzwerkkonzepts zur traditionellen Wahlforschung dargestellt werden. Die Auswahl der Variablen Religiosität, Konfession und Schulbildung richtete sich nach dem empirischen Sachstand der Wahlsoziologie. Diese Variablen zählen zu den Prädiktoren für die Bestimmung des wahrscheinlichen Wahlverhaltens.

Die Übereinstimmung zwischen den Einstellungen des Befragten und seines Partners ist am ausgeprägtesten. Deutlich wird aber auch das Ansteigen des Koeffizienten mit steigendem Netzumfang: Mit Ausnahme der Variablen Konfession sind die Einstellungen zwischen den Befragten und der dritten bis fünften Netzperson homogener als zwischen dem Befragten und der ersten oder zweiten Netzperson. Dies zeigt sich auch bei der Durchführung eines (schrittweisen) multiplen Regressionsverfahrens, bei dem die Einwirkung der Einstellung aller Netzpersonen gleichzeitig getestet wird. Hierbei wurde die Partnernennung nicht berücksichtigt, da deren hohe Homogenität einen Großteil der Varianz binden und insofern den einzelnen Beitrag der Einstellungen der Netzpersonen überdecken würde.

Die Variable Religiosität wurde hierbei aus einem Index aus Konfession (dichotomisiert in evangelische und katholische Religionszugehörigkeit) und der Selbsteinstufung des Befragten auf einer 10er Skala zur religiösen Einstellung (sehr religiös bis überhaupt nicht religiös) gebildet.

Für einen sprunghaften Anstieg der erklärten Varianzanteile bildet die dritte Netzperson die Trennscheide, für die Variable Parteineigung fällt der Zuwachs für die vierte und fünfte Netzperson am deutlichsten aus. Tabelle 7 verdeutlicht, daß bei Netzen mit drei und mehr Personen der Zusammenhang zwischen den Einstellungen sich verstärkt und belegt insoweit nochmals das teilweise

überraschende Resultat, daß mit steigender Netzgröße auch die Homogenität im personellen Netz zunimmt.[7]

Abschließend sollen die bisherigen deskriptiven Darstellungen um einen explorativen, analytischen Ausblick über die Bedeutung sozialer Netzwerke als Erklärungsfaktor für politisches Wahlverhalten ergänzt werden. Dieser Ansatz kann aus Gründen der geringen Fallzahl, des urbanen Kontextes der Stichprobe und der - durch das methodische Hauptanliegen der Studie bedingten - unzulänglichen Operationalisierung nur Modellcharakter haben.

Unser Prüfmodell besteht darin, aus einfachen Regressionsanalysen mit den zur Verfügung stehenden Variablen Konfession, Religiosität und Schulbildung zu einem maximalen Erklärungsmodell für die Parteineigung bzw. Wahlabsicht zu gelangen. Anschließend sollen die von diesem Modell abweichenden Befragten hinsichtlich der Zusammensetzung ihres Netzes nach parteipolitischer Sympathie betrachtet werden. Unsere Annahme ist, daß bei dieser Befragtengruppe verstärkt heterogene Netzstrukturen vorzufinden sind.

Zur Durchführung der Regressionsanalysen wurde wiederum ein Index aus Konfession und Religiositätsskala gebildet, gruppiert in niedrige, mittlere und hohe Religiosität. Die Variable Schulbildung wurde in die Kategorien niedrige Schulbildung (kein Abschluß, Hauptschule), mittlere Schulbildung (Realschule, Fachschulreife) und hohe Schulbildung (Fachhochschule und Abitur) recodiert. Da die Einbeziehung der Parteisympathie in der Netzstruktur beabsichtigt war, bezogen sich die statistischen Auswertungen nur auf Befragte mit CDU- oder SPD-Präferenz mit einer Netzgröße von zwei und mehr Netzpersonen (wiederum einschließlich Partner). Diese Restriktion vermindert die Fallzahl auf insgesamt 94 Fälle und beeinträchtigt damit die Güte und Aussagefähigkeit der Ergebnisse. Die Modelle mit den höchsten Anteilen erklärter Varianz sind in Tabelle 8 aufgezeigt.

Diese einfachen Modelle entsprechen in der Tendenz den Ergebnissen der tradierten Wahlsoziologie. Für die Unionspartei ist die katholische Konfessionszugehörigkeit im Verbund mit hoher Religiosität am bedeutsamsten. Für die SPD gelingt mit dem einfachen Variablenmodell nur eine unzulängliche Erklärungsbildung, da ein eindeutiger Schichtindikator fehlt.

Im zweiten Schritt wurde auf der Basis der Negation der Prädiktoren für jeden Befragten eine Variable generiert, die die Übereinstimmung bzw. Abweichung vom Regressionsmodell erfaßt. Diese Variable wurde mit der recodierten Netzhomogenität bzw. -heterogenität der Parteieinstellungen kreuztabelliert.

Die Erwartung, daß die Mehrzahl der vom Prädiktorenmodell abweichenden Fälle eine abgeschwächte Netzhomogenität aufweist, bestätigt sich nicht. Die

vergleichende Betrachtung der Prozentanteile verdeutlicht jedoch die erhöhte Anzahl heterogener Netze in der vom Regressionsmodell divergierenden Befragtengruppe (ca. 45% zu 55% gegenüber ca. 33% zu 67%).

3. Zusammenfassung und Ausblick

Die bisherigen Betrachtungen haben drei Ergebnisse erbracht: 1) Die Übereinstimmung zwischen der Parteineigung und der Wahlabsicht des Befragten mit "seinen" Netzpersonen ist für CDU und SPD überwiegend homogen, hingegen für die FDP und die GRÜNEN mehr heterogen geprägt. 2) Die Gleichartigkeit der Einstellung ist in größeren Netzen höher als in kleineren Netzen. 3) Es läßt sich eine Tendenz aufzeigen, daß eine heterogene Netzstruktur Einfluß auf die Parteisympathie des Befragten nimmt. Mit zunehmender Netzheterogenität steigt auch der relative Anteil abweichender Fälle.

Zwei Besonderheiten sind für die Befragten mit "grüner" Parteisympathie zu registrieren. Bei dieser Befragtengruppe ist eine stark variierende Netzhomogenität für die Variable Wahlabsicht (ca. 45%) und Parteineigung (70%) zu beobachten. Die abweichenden Parteisympathien sind eindeutig auf die SPD orientiert, so daß von einer Blockheterogenität zwischen GRÜNEN und SPD gesprochen werden kann.

Aus der Sicht der Netzwerkforschung ist der mehrfach gestützte Befund interessant, daß mit ansteigender Netzgröße auch die Homogenität der Parteineigungen zunimmt. Diese Beobachtung läßt sich allerdings nicht für alle relevanten Merkmale dieses Beitrages bestätigen. Es bleibt zudem fraglich, ob dieser Befund sich aus der Projektion der Informantenangabe des Befragten ergibt, oder den tatsächlichen Parteipräferenzen der Netzpersonen entspricht (vgl. Pappi/Wolf 1984; Pfenning A., 1988).

Ausstehend ist eine differenzierte Analyse der Netzkontexte, u.a. nach Freunden, Verwandten und Arbeitskollegen und eine Einbeziehung der sozialen Positionierung, d.h. der Intensität der Beziehungen und der Gruppenrollen wie z.B. Meinungsführerschaft und Kompetenzzuordnungen (interpersonale Kommunikation). Diese weitergehende netzwerkbezogene Analyse der einzelnen Relationen im Netz und deren Indexierung auf die gesamte Netzstruktur eines Befragten könnte Anhaltspunkte für die beschriebene tendenzielle Einflußnahme der Netzstruktur auf die Ausprägung einer Parteisympathie geben.

Tabellenanhang

Tabelle 1: Häufigkeitsverteilung der Variablen Wahlabsicht und Parteipräferenz für die Subpopulationen von Befragten, Partner und Netzpersonen* (in %)

	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Gesamt abs.	Keine abs.
BEFRAGTE(R):						
Wahlabsicht	39.9	39.9	10.4	9.7	298	181
Parteineigung	45.2	43.3	6.0	5.5	217	262
mit Netzangabe**	40.1	44.5	7.3	8.0	137	342
PARTNERANGABE:						
Parteineigung	44.2	48.0	2.0	5.8	156	323
NETZPERSONEN:						
Parteineigung	42.8	42.8	4.4	9.0	472	884

* Die Prozentuierung bezieht sich auf die Anteile an den gültigen Parteinennungen für die Summe ohne den Anteil "keine Nennung".

** Ohne Berücksichtigung der Partnernennung im Netz.

Tabelle 2: Wahlabsicht und Parteipräferenz der Befragten nach der Parteipräferenz der Netzpersonen (einschließlich Partner, Mehrfachnennungen möglich)

Befragte(r)	Parteineigung der Netzpersonen für						
	CDU in%	SPD in%	FDP in%	GRÜNE in%	Gesamt* Personen	Responses	
Wahlabsicht für							
CDU	78.0	17.1	2.9	2.0	84	205	100%
SPD	19.1	71.7	2.9	6.2	87	209	100%
FDP	59.1	24.0	11.0	6.7	24	46	100%
GRÜNE	8.8	41.8	4.4	44.0	18	45	100%
							N=505
Parteineigung für							
CDU	81.0	13.2	4.2	2.4	74	168	100%
SPD	17.5	78.1	1.7	5.0	77	185	100%
FDP	47.0	36.6	9.9	6.7	12	30	100%
GRÜNE	3.2	25.	0.0	70.4	11	31	100%
Keine**	79	80	9	8	64		
							N=414

Zusammengefaßte Ergebnisse von Multiple-Response-Analysen. Deshalb variieren die Summe der Personen und die Summe für die Netzpersonen.

* Person: Anzahl der Befragten je Partei mit mindestens einer Netznennung
Response: Summe der genannten Netzpersonen, die von den Befragten mit entsprechender Parteineigung genannt wurden.

Tabelle 3: Netzgröße für die Variablen Wahlabsicht und Parteineigung°

PARTEI	Größe des Netzes nach angegebenen Personen						
	eine in %	zwei in %	drei in %	vier in %	fünf in %	sechs in %	Gesamt abs.
CDU	34.5	26.2	15.5	10.7	10.7	2.4	84
SPD	34.5	27.6	18.4	9.2	5.6	6.9	87
FDP	50.0	25.2	12.5	8.3	4.2	-.-	24
GRÜNE	22.4	44.5	5.6	16.7	11.1	-.-	18

	Durchschnittliche Anzahl der einzelnen Parteien:	
	Variable Wahlabsicht	Variable Parteineigung
CDU	2.3	2.4
SPD	2.4	2.5
FDP	2.5	1.9
GRÜNE	2.5	2.9

° Netzumfang einschließlich Partnernennung; die Prozentuierung bezieht sich für jede Partei auf die Anzahl der Befragten; die durchschnittliche Anzahl errechnet sich aus Anzahl Mehrfachnennungen/Anzahl Personen je Partei (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 4: Die Homogenität und Heterogenität der Netzwerke nach relativem Anteil übereinstimmender Nennungen

Variable/Partei	Anteil prozentualer Übereinstimmung der Parteipräferenz der Netzpersonen mit der Parteisympathie des Befragten (Netze >=2 Personen; einschl. Partner)					
	0%	1-33%	34-66%	67-100%	Gesamt abs.	%
Wahlabsicht						
CDU	14.5	-.-	19.9	65.2	55	100%
SPD	15.8	3.5	15.8	64.7	57	100%
FDP	66.5	-.-	25.0	8.4	12	100%
GRÜNE	28.6	7.2	50.0	14.3	14	100%
Parteipräferenz						
CDU	6.8	-.-	22.7	70.4	44	100%
SPD	10.2	4.1	14.2	71.4	49	100%
FDP	44.4	-.-	33.3	22.2	09	100%
GRÜNE	-.-	11.1	44.4	44.4	09	100%

Tabelle 5: Häufigkeiten und Zusammenhangsmaße für Netzumfang und relativer Anteil identischer Nennungen für die Variable Parteipräferenz für SPD und CDU*

Identischer Netzanteil der Befragten von ... bis ...%	Größe des Netzes nach Personen klein** (1 Pers.)	mittel (2-3 Pers.)	groß (4-6 Pers.)
CDU			
niedrig (0- 33%)	13%	22%	-
mittel (34- 65%)	-	20.2%	25%
hoch (67-100%)	87%	58.8%	75%
	N=29	N=35	N=20
SPD			
niedrig (0- 33%)	13%	17.5%	12%
mittel (34- 65%)	-	20.0%	16.5%
hoch (67-100%)	87%	62.5%	71.5%
	N=30	N=40	N=17

TESTVERFAHREN	PARTEIEN			
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE
Chi-Quadrat	25.80	63.51	1.8	16.24
Freiheitsgrade	15	20	4	12
Signifikanz	p=0.04	p=0.0001	p=0.8 n.s	p=0.2 n.s
Cramérs V	0.32	0.43	-	-
Kontingenzkoeffizient	0.48	0.64	-	-

n.s. = nicht signifikant

° Die Prozentuierung bezieht sich auf die Spaltenprozente für den Netzumfang der Befragten.

°° Der relative Anteil identischer Nennungen kann hierbei nur die Extremwerte 0 oder 100% annehmen.

Tabelle 6: Zusammenhang zwischen ausgewählten Befragteneinstellungen und den Informantenangaben über Partner und Netzwerkpersonen (Cramérs V)

Variable	Partner	1.Netz-person	2.Netz-person	3.Netz-person	4.Netz-person	5.Netz-person
Parteineigung	0.85	0.49	0.43	0.50	0.62	0.73
Religiosität	0.37	0.22	0.23	0.27	0.31	0.35
Konfession	0.75	0.39	0.45	0.47	0.29	0.43
Schulbildung	0.82	0.32	0.48	0.72	0.73	0.60

Sämtliche Angaben beziehen sich auf signifikante Chi-Quadrattests mit $p < 0.01$.

Tabelle 7: Erklärte Varianzanteile der Informantenangaben über die Einstellungen der Netzpersonen für Parteipräferenz und Religiosität des Befragten

Variable/Netzperson	r^2	Zunahme r^2
PARTEINEIGUNG		
1.Netzperson	0.2689	0.2689
2.Netzperson	0.3162	0.0473
3.Netzperson	0.3515	0.0353
4.Netzperson	0.5128	0.1612
5.Netzperson	0.7334	0.2207
RELIGIOSITÄT		
1.Netzperson	0.1289	0.1289
2.Netzperson	0.1674	0.0385
3.Netzperson	0.2434	0.0760
4.Netzperson	0.2959	0.0525
5.Netzperson	0.2991	0.0032
KONFESSIONSZUGEHÖRIGKEIT		
1.Netzperson	0.3239	0.3239
2.Netzperson	0.3756	0.0517
3.Netzperson	0.4849	0.1092
4.Netzperson	0.4873	0.0024
5.Netzperson	0.4975	0.0102
SCHULBILDUNG		
1.Netzperson	0.2410	0.2410
2.Netzperson	0.2959	0.0549
3.Netzperson	0.5399	0.2440
4.Netzperson	0.5401	0.0002
5.Netzperson	0.5467	0.0068

Tabelle 8: Erklärungsanteile von Regressionsmodellen für die Variable Parteineigung des Befragten

Partei	Prädiktoren	r^2
CDU	Katholische Konfession und hohe Religiosität	.41
SPD	Evangelische Konfession und niedrige bis mittlere Bildung und niedrige Religiosität	.15

Tabelle 9: "Regressionale Abweichung" der Parteisympathie der Befragten nach Prozentanteilen identischer Nennungen (Netze > 2 Personen)

Netzhomogenität in %		Abweichung vom Regressionsmodell		
		nein	ja	Gesamt
niedrig	(0-33%)	9.2%	16.7	10
mittel	(34-66%)	23.7%	27.8	23
hoch	(67-100%)	67.1	55.5	61
		N=76	N=18	

(Chi-Quadrat=1.36, df=2, p=.56, nicht signifikant)

Anmerkungen

1) Vgl. zur Darstellung der Verschiedenartigkeit der Namensgeneratoren Pfenning A./ Pfenning U., 1987 und Schenk 1984. Die Variablenauswahl richtet sich neben den tradierten Ergebnissen der Wahlforschung auch nach den studienbedingten Restriktionen. Die politischen Einstellungen wurden teilweise inkonsistent erhoben. So wurde u.a. für die Netzpersonen nur eine generelle Parteineigung (Parteiidentifikation) erfragt und nicht die Wahlabsicht. Verfügbar waren Angaben über die Religiosität auf einer 10er-Skala, die Konfession und die Schulbildung.
2) Die Wahlforschung ist bislang dominiert von dem Cleavage-Ansatz von Lipset/Rokkan (1967). So beruhen z.B. auch die Arbeiten von Pappi und Kaase auf der Überprüfung dieses Modells.
3) Hierunter fallen beispielsweise das verfügbare Medienpotential, das urbane vs. ländliche Umfeld, die Präsenz von Parteien und Bürgerinitiativen und anderen politischen Verbänden. Insbesondere für die GRÜNEN und die FDP konnte und kann nicht immer von einer flächendeckenden räumlichen Verfügbarkeit für potentielle Sympathisanten ausgegangen werden.
4) Pappi und Wolf erhoben auf der Basis einer Zufallsauswahl die Parteipräferenz jeweils einer Netzperson eines Befragten über eine telefonische Nachbefragung aus der Replikationsstudie der Laumannschen Detroitstudie. Die Arbeit von Pfenning A. (1987) zeigt auf, daß die Reliabilität der Angaben für die Variable Parteipräferenz sehr hoch liegt (ca. 84%), obwohl gleichermaßen eine hohe Netzfluktuation (ca. 50% Personenaustausch) stattfindet. Datenbasis ist die "zweiwellige" ZUMA-Netzwerkstudie.
5) Der Begriff der "proportionalen Kombinationen" bezieht sich hierbei auf die Wechselanteile zwischen SPD-CDU vs. CDU-SPD, SPD-GRÜNE vs. GRÜNE-SPD etc.
6) Der Anteil identischer Nennungen im Häufigkeitsvergleich liegt für CDU und SPD sogar bei 80% bzw. 84%.
7) Viele in der Netzwerkforschung involvierte Wissenschaftler gingen von einer Zunahme der Heterogenität im urbanen Kontext aus, da im städtischen Umfeld die Uniplexität der Beziehungen anwachse und verstärkt schwache Beziehungen ("weak ties", Granovetter 1973) anzutreffen seien.

Literatur

Barnes, S.H./Kaase, M. et al., 1979: Political Action: Mass Participation in Five Western Democraties. Beverly Hills: Sage.

Burt, R.S., 1984: Network Items should be included in the General Social Survey. Department of Sociology and Center for the Social Science Preprint Series. Columbia University. New York.

Burt, R.S./Minor, M.J. (Hrsg.), 1983: Applied Network Analyses: A Methodological Introduction. Beverly Hills: Sage.

Bürklin, W., 1984: Grüne Politik. Opladen.
Fischer, C.S., 1982: To Dwell Among Friends. Personal Networks in Town and City. Chicago: The University of Chicago Press.
Granovetter, M., 1973: The strength of weak ties. American Journal of Sociology 78:1360-1380.
Hoffmeyer-Zlotnik, J./Schneid, M./Mohler, P./Pfenning, U., 1987: Egozentrierte Netzwerke in Massenumfragen. ZUMA-Nachrichten 20:34-56.
Kaase, M., 1984: Partizipatorische Revolution - Ende der Parteien? S. 173-190 in: J. Rascke (Hrsg.), Bürger und Parteien - Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 184. Bonn.
Katz E., 1956: Personal Influence. Chicago.
Küchler, M., 1984: Staats-, Parteien- oder Politikverdrossenheit? S. 39-55 in: J. Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien - Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 184. Bonn
Laumann, E.O., 1973: Bonds of Pluralism: The Form and Substance of Urban Social Networks. New York: John Wiley.
Lazarsfeld, P.F./Berelson, B./Gaudet, H., 1944: The People's Choice. How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign. New York.
Lipset, S.M./Rokkan, S.,1967: Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. S. 1-64 in: Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments. New York.
Mohler, P./Pfenning, U., 1987: Egozentrierte Netzwerke in Massenumfragen: Datenorganisation in einer SIR-Datenbank. ZUMA-Nachrichten 20:51-56.
Noelle-Neumann, E., 1980: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - Unsere soziale Haut. München: Piper.
Pappi, F.U., 1977: Bewegungstendenz des politisch-sozialen Systems in der Bundesrepublik. Politische Vierteljahresschrift 18:195-229.
Pappi, F.U., 1979: Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik. S. 465-479 in: J. Matthes (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa. Frankfurt a.M.
Pappi, F.U./Wolf G., 1984: Wahrnehmung und Realität sozialer Netzwerke. Zuverlässigkeit und Gültigkeit der Angaben über beste Freunde im Interview. S. 281-300 in: R. Meulemann/K.-H. Reuband (Hrsg.), Soziale Realität im Interview - Empirische Analysen methodischer Probleme. Frankfurt: Campus.
Pfenning, A., 1988: Zuverlässigkeit von Netzwerkangaben. Diplomarbeit an der Universität Mannheim, Fakultät für Sozialwissenschaften.
Pfenning, A./Pfenning,U., 1987: Egozentrierte Netzwerke: Verschiedene Instrumente - Verschiedene Ergebnisse? ZUMA-Nachrichten 21:63-77.
Pfenning, U., 1987 Mitgliedschaft, Sozialstruktur und politische Aktivitäten der GRÜNEN Rheinland-Pfalz. Eine politisch-soziologische Analyse einer Ortsverbandsbefragung im Jahr 1984. Diplomarbeit an der Universität Mannheim, Fakultät für Sozialwissenschaften.
Robinson, M., 1976: Public Affairs, Televison and the Growth of Political Malaise. American Political Science Review 70:409-432.
Schenk, M.,. 1984: Soziale Netzwerke und Kommunikation. Tübingen.
Schenk, M., 1982: Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen. Tübingen.
Schmidt M., 1984: Demokratie, Wohlfahrtsstaat und neue soziale Bewegungen, B11/1984, Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. S. 3-14.